Video-Podcast der Bundeskanzlerin #06/2014

15. März 2014

Die Fragen stellte die Volkwirtin Caterina Angeli aus Udine/Italien.

Caterina Angeli:
Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche treffen Sie sich wieder mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In seinem letzten Bericht hat der Rat vor einer „rückwärtsgewandten Wirtschaftspolitik" gewarnt. Wird es also eine unangenehme Begegnung?

Bundeskanzlerin Merkel:
Nein, das ist es nicht. Wir sind auch kritische Anmerkungen gewöhnt. Das macht auch die Arbeit der Bundesregierung aus: Dass wir nicht nur Menschen einladen, die sagen, dass wir alles toll machen, sondern auch die, die auf bestimmte Möglichkeiten von Fehlentwicklungen hinweisen. Und der Sachverständigenrat hat immer wieder bestimmte Dinge gelobt; ich glaube, dass wir gut übereinstimmen, was die Haushaltspolitik anbelangt, dass wir gut übereinstimmen, was unsere Forschungspolitik anbelangt, auch was den Ausbau der Kinderbetreuung anbelangt. Unterschiede gibt es bei der Bewertung der Rentenpolitik. Das ist schon absehbar. Und der Sachverständigenrat hat auch Sorge, dass wir durch die Einführung eines Mindestlohns Arbeitsplätze verlieren könnten. Deshalb diskutieren wir jetzt auch sehr intensiv bei der Gesetzgebung, wie wir genau dieses verhindern können. Denn wir wollen natürlich nicht, dass durch die Einführung von Mindestlohn die Menschen, die heute eine Arbeit haben, vielleicht dann arbeitslos werden.

Bezüglich des Bundeshaushalts 2014 – das ist seit mehr als 40 Jahren der erste Bundeshaushalt, der ausgeglichen sein soll: Haben Sie dabei wirklich auch die Risiken bedacht?

2014 werden wir ein strukturelles Defizit null haben. Und 2015 dann – und da haben wir jetzt die Eckpunkte schon verabschiedet – einen Haushalt, wo wirklich eine Null darunter steht. Wir haben immer sehr konservativ geschätzt. In den letzten Jahren konnten wir sagen, dass die Haushaltsabschlüsse eigentlich immer etwas besser waren als unsere Prognosen. Und so hoffe ich, dass uns das diesmal auch gelingt. Wir können natürlich die weltwirtschaftliche Entwicklung nicht voll übersehen. Es gibt verschiedene Risiken auf der Welt, die die wirtschaftliche Entwicklung auch negativer gestalten können. Aber eine vorsichtige Schätzung – nach allem, was wir wissen, nach allen Prognosen, die uns zur Verfügung stehen – sagt uns: Wir können das mit der „Null" schaffen. Und das ist wirklich ein riesiger Erfolg. Sie haben es gesagt: Seit 1969 gibt es keinen Haushalt, bei dem wir nicht doch mehr ausgegeben hätten, als wir eingenommen haben. Und wenn man sich Deutschlands demografische Probleme, also die Zunahme des Durchschnittsalters, anschaut, dann muss man sagen: Angesichts dieser demografischen Probleme ist dies eine richtige Antwort auf das, was in der Zukunft zu leisten ist.

Die Haushaltsüberschüsse, die für 2015 und 2016 eingeplant waren, sind jetzt nicht mehr in dem Finanzplan enthalten. Heißt das, dass Deutschland seine Schulden nicht mehr abbauen wird?

Das heißt es nicht. Irgendwann müssen wir auch unsere Schulden abbauen. Was wir jetzt abbauen, ist die Gesamtverschuldung, das heißt, der Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt pro Jahr. Da liegen wir im Augenblick über 80 Prozent. Und die Aussagen des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Europa sagen ja, wir sollen zu 60 Prozent kommen. Das heißt, wir wollen in den nächsten zehn Jahren den Schritt von 80 Prozent Gesamtverschuldung runter auf 60 Prozent schaffen. Und das ist die Zahl, die, glaube ich, für die Finanzmärkte – auch für die Beurteilung der Finanzkraft eines Landes – wichtiger ist. Und deshalb gehen wir hier auch in die-

ser Legislaturperiode von 80 Prozent deutlich unter die 80 Prozent. Wir stehen vor folgender Frage: Sollen wir Schulden zurückzahlen, oder aber sollen wir besser doch in die Zukunft investieren? Und gerade wenn man sich die Entwicklung in ganz Europa anschaut, dann werden wir immer wieder aufgefordert, doch etwas zu tun, um Investitionen anzureizen. Und so investieren wir in Straßen, in Bildung, in Infrastruktur, in Forschung. Und ich glaube, angesichts der Gesamtabwägung ist das eine richtige Entscheidung.

Wir haben jetzt über Investitionen geredet. Für 2014 sind Investitionen in Bildung, Forschung und Verkehr eingeplant. Aber immerhin bilden sie insgesamt einen kleinen Teil der Ausgaben. Sollte Deutschland da nicht mehr investieren?

Wenn man die Wahl hätte zwischen Haushaltskonsolidierung auf der einen Seite und Investitionen, dann haben wir uns jetzt für einen starken Impuls auf Haushaltskonsolidierung entschieden. Sie haben gerade gefragt: Warum erwirtschaften Sie keine Überschüsse? Jetzt haben wir die Abwägung so getroffen. Natürlich, wenn wir neue finanzielle Spielräume haben, dann müssen wir sie in die Investitionen geben. Da ist sehr großer Bedarf, das muss man sagen. Aber wir geben in dieser Legislaturperiode schon mehr aus als in der letzten.

Die Kürzung des Zuschusses an die Krankenversicherung hat zu viel Kritik geführt. Ist es nicht ungerecht, Gelder in diesem Bereich einzusparen? Fehlt da nicht das Geld, falls die Konjunktur nachlässt?

Wir können die Krankenkassenbeiträge konstant halten. Das ist angesichts der Tatsache, dass die medizinischen Möglichkeiten zunehmen und die Menschen im Durchschnitt älter werden, schon ein wesentlicher Beitrag auch zur Begrenzung der Lohnzusatzkosten. Und wir werden ab 2016 den Gesundheitsfonds wieder mit Steuerzuschüssen auffüllen. Aber in der jetzigen Lage halten wir diesen Weg für vertretbar. Und – wie gesagt – 2016/17 wird der Bundeszuschuss aus Steuermitteln wieder ansteigen.

Eine letzte Frage: Viele Kritiker finden, dass Deutschland seine Importe aus anderen europäischen Ländern erhöhen und damit seine starken Exportüberschüsse abbauen sollte. So könnte Deutschland nämlich die Konjunktur im EU-Raum ankurbeln. Kümmert sich Deutschland vielleicht zu wenig um seine schwächeren EU-Partner?

Wir machen uns über diese Frage natürlich viele Gedanken. Und wenn man sich zum Beispiel den Exportüberschuss in das Euro-Gebiet anschaut, dann ist der nicht groß. Sondern unser Exportüberschuss ist insbesondere in Drittstaaten, also außerhalb der Europäischen Union, groß. Wir sind ansonsten im Euro-Gebiet fast ausgeglichen Importeure und Exporteure. Und wir tun eine ganze Menge, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Zum Beispiel wird die durch den Sachverständigenrat kritisierte Rentenpolitik dazu führen, dass Frauen, die Kinder haben, zu großen Teilen sehr viel mehr Rente bekommen würden. Das kurbelt den Konsum an. Genauso die Einführung eines Mindestlohns. Und das wiederum führt dann dazu, dass natürlich auch mehr importiert werden kann, weil die Menschen mehr konsumieren. Und so merken wir, dass wir immer in einer Abwägung leben – es ist praktisch ein Dreieck: Haushaltskonsolidierung, Konsum und Investition. Und ich glaube, wir haben es unter den gegebenen Bedingungen recht gut austariert. Und dem Finanzminister ist zu gratulieren, dass er das hinbekommen hat.